

20.05

Bundesrat Martin Preiner (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzte Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Stefan Schennach ist schon sehr umfassend auf den Bericht und auf die Vorschau eingegangen.

Es ist ein etwas kompliziertes Thema, das stimmt, denn wir haben einmal die Vorgabe der EU-Kommission, auf die das Achtzehnmonatsprogramm der Niederlande, der Slowakei und Maltas aufsetzt, woraus sich letztlich das Jahresprogramm für das BMVIT generiert.

Wo sind die nun relevanten Programmpunkte des Achtzehnmonatsprogramms (*der Redner blättert in einem Schriftstück und liest daraus vor*): „Eine Union der Arbeitsplätze, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit“, „Eine Union, die jeden ihrer Bürger befähigt und schützt“, „Auf dem Weg zu einer Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik“, „Eine Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, „Die Union als starker globaler Akteur“.

Ich darf nur beispielhaft drei Bereiche herausnehmen, weil wirklich vieles angesprochen wird, was es auch entsprechend umzusetzen gilt. Zum einen die transeuropäischen Netze: Durch diese Programme gelingt es, dass Österreich 686 Millionen € Zuschüsse aus der Europäischen Union zu 95 Prozent für Bahnprojekte verwendet, insbesondere für den Brenner Basistunnel und die Koralmbahn, womit sicherlich ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, zur Sicherung der Umwelt und natürlich auch zur Reduktion des Bodenverbrauches geleistet wird.

Zum Zweiten ist auch – dafür ein herzliches Dankeschön an das Ministerium – ein Beitrag zu einer besseren Rechtsprechung drinnen, dass durchaus das kritisiert wird, was wir im EU-Ausschuss immer wieder kritisieren, nämlich die delegierten Rechtsakte. Wir werden einfach das Gefühl nicht los, dass sich die Kommission da ihren Gestaltungsspielraum schafft, der so von den Parlamenten nicht gewollt ist.

*(Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**.)*

Der dritte Bereich, den ich ansprechen möchte, Herr Kollege Schennach – und du hast es auch schon gesagt –, ist der gemeinschaftliche digitale Raum, die Schaffung von Anreizen für Investitionen im Bereich des Hochleistungsbreitbands. In Niederösterreich setzen wir das bereits mit der Niederösterreichische Glasfaserinfrastruktur Gesellschaft entsprechend um. Ich glaube, das ist ganz wichtig, vor allem auch für die Entwicklung

der ländlichen Räume, für dezentrale Arbeitsplätze, für neue Formen der Arbeitsmöglichkeiten, die wir schaffen wollen.

Ein bisschen gebe ich dem Kollegen Krusche recht: Die Gliederung hat durchaus noch Entwicklungspotenzial. Das wünschen wir; ansonsten nehmen wir die Vorschau gerne entgegen. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie bei Bundesräten der SPÖ.)*

20.08

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Als Nächster gelangt Herr Bundesminister Mag. Klug zu Wort. – Bitte.